

31.03.2009

## Die nicht anerkannten Beduinen-Dörfer in der israelischen Negev-Wüste

### Grenzen in Palästina und Israel (7)



Leben unter Starkstrom -  
aber ohne Strom zuhause

Yassin ist dreieinhalb Jahre alt. Er ist der älteste Sohn von Sara und Iyad. Im Alter von sechs Monaten begann sein Asthmaleiden. Seine Asthmaanfälle sind stark und häufig – etwa vier Mal im Monat. Er benötigt ein elektrisches Atmungsgerät. Bekommt er nächtens einen Anfall, schaltet sein Vater den Generator ein, damit der Junge das Atmungsgerät nutzen kann. Geschieht dies am Morgen, kann ihn sein arbeitsloser Vater zu einer nahe gelegenen Tagesklinik bringen. Ist diese geschlossen, muss er ihn viel weiter fahren, in das jüdische Städtchen Arad. Der Preis für jeden Besuch beträgt 75 Schekel, etwa 15 Euro. Um in eine

dieser beiden Kliniken zu kommen, müsste die Familie ein Auto haben. Da sie keines besitzen, laufen sie fünf Kilometer zu Fuß bis zur Hauptstraße und warten dort auf einen Bus. Die notwendigen Medikamente, die Yassin erhält, müssen stets gekühlt aufbewahrt werden. Ansonsten verlieren sie ihre Wirkung und müssen entsorgt werden. Die Familie hat dafür einen »kühlen« Platz gefunden: unter dem Kleiderschrank oder in einer Kühltruhe, die sie extra für diesen Zweck gekauft haben. Doch dieser funktioniert nur für kurze Zeiträume, nämlich dann, wenn der Generator eingeschaltet ist.



Nach dem Abriss

Yassin hat das Pech, in einem nicht anerkannten Beduinendorf im israelischen Süden geboren worden zu sein. 145000 Beduinen leben in der Negev-Wüste, mehr als die Hälfte von ihnen, etwa 83000 Menschen, lebten in 45 Dörfern, die vom Staat nicht anerkannt werden. Die dortige Bevölkerung existiert für die Behörden einfach nicht. Folglich unterscheiden sich die Lebensbedingungen dieser israelischen Staatsbürger enorm von denen anderer Israelis. So sind sie etwa nicht an das Stromnetz angebunden. Einzig private Generatoren sorgen für Strom, doch diese sind zu teuer für die armen Beduinen.

### Zu Besuch



Die Dörfer bestehen aus einer Ansammlung von ärmlichen Baracken, in denen die Bewohner den extremen Wetterbedingungen der Wüste fast schutzlos ausgesetzt sind. Feste Bauten sind illegal und werden oft abgerissen. Bei meinem letzten Besuch führten mich Kollegen von den »Ärzten für Menschenrechte – Israel«, einem langjährigen Partner von »medico international«, zu den Ruinen eines abgerissenen Kindergartens, den die Dorfbewohner aufgebaut haben, mit Geldern, die sie selbst aufgebracht hatten. Kin-

ohne Kommentar...

dergärten darf es dort nicht geben, und in den Dörfern gibt es auch keine einzige Schule für Jugendliche, die die achtjährige Grundschule beendet haben. Der Staat weigert sich außerdem, die Dörfer an das Straßennetz anzubinden oder überhaupt Straßen dort zu bauen. Vielleicht ist das der Grund, dass keine öffentlichen Verkehrsmittel die Dörfer erreichen.



Froh zu sein bedarf es wenig

Die Dörfer sind zudem nicht an das Wassernetz angebunden. Die Bewohner verbringen deshalb einen Großteil ihrer Zeit damit, Wasser zu besorgen. Auch die Müllabfuhr kommt nicht dorthin. Der Müll von Zehntausenden Menschen wird einfach nicht gesammelt. Dazu kommt, dass die Dörfer auch kein Abwassersystem besitzen. Die Bewohner haben selbst für Ersatz gesorgt und ein Abwassersystem, bestehend aus Auffangbecken, aufgebaut, damit ihr Abwasser das Grundwasser nicht kontaminiert.

Das alles führt dazu, dass die Hygienebedingungen äußerst schlecht sind. Jeden August etwa verbreitet sich vor allem unter den Kindern – immerhin 60 Prozent der Bevölkerung dieser Dörfer – eine Durchfallerkrankung. Es wundert also nicht, dass etwa 80 Prozent der Kinder im zentralen Negev-Krankenhaus in Beer Sheva Beduinenkinder sind. Das führt zu einer Überlastung der Gesundheitsdienste. Doch diese sind kaum dafür gerüstet: Die lokalen Kliniken sind alle in Wohnwagen untergebracht. Strom erhalten sie von Generatoren, die nach Feierabend ausgeschaltet werden, so-

dass Medikamente nicht gekühlt gehalten werden können. Wasser gibt es in diesen Tageskliniken auch nicht. Es gibt viel weniger Ärzte als für jüdische Israelis, die Ärzte – allesamt Familienärzte – sprechen kein Arabisch. Weit und breit kein spezialisierter Arzt, kein Zahnarzt. Ambulanzen kommen nicht in die Dörfer; Patienten müssen selbst zusehen, wie sie zu festen, in der Regel einige Kilometer entfernten Sammelpunkten kommen, von wo aus sie abgeholt werden.

### Die Beduinen und die Zwangsmodernisierung

Die Beduinen in der Negev-Wüste blicken auf eine lange Geschichte von gezielter Benachteiligung. 1948, vor der Gründung Israels, lebten im heutigen Staatsgebiet etwa 90.000 Beduinen. 85 Prozent wurden Flüchtlinge in benachbarten arabischen Staaten, vor allem im Gazastreifen und in Jordanien. Circa 13.000 blieben in Israel und siedelten in die Negev-Wüste um. Dort wurde ihr Gebiet von der israelischen Armee umzäunt. Das Gebiet wurde zur Militärzone erklärt, und die Beduinen durften es ohne Genehmigung nicht verlassen. Da die gesamte Beduinenbevölkerung in einem relativ kleinen Gebiet angesiedelt wurde, lebten jetzt viele Familien auf Land, das anderen Familien gehörte. Spannungen entstanden zwischen den Landbesitzern und den Entwurzelten. Es ging um Weideland, um Wasser. Bis Mitte der Siebzigerjahre baute der Staat sieben Städtchen, in denen die Beduinen leben sollten. Doch den städtischen Charakter empfanden die Beduinen als fremd, die Stadtplanung wurde ihrer Lebensweise nicht angepasst.

Unter den Opfern dieser gewaltsamen »Modernisierung« sind die Beduinenfrauen. Diese dürfen traditionell keinen Blickkontakt mit Fremden haben. Der Übergang zu städtischem Umfeld wurde nicht durch Bemühungen um einen Wandel der Lebensweise begleitet, so dass die Frauen, die früher ein großes Gebiet durchschreiten konnten, ohne einem Fremden begegnen zu müssen, sich jetzt auf das eigene, kleine Grundstück beschränken mussten. In ihren Häusern gefangen können sie nicht einmal zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Viele von ihnen leiden unter Übergewicht und Diabetes. Insgesamt führte die israelische Politik dazu, dass sich die Clanstrukturen, die allgemein als Hemmnis für eine Modernisierung erkannt wurden, eher verstärkten.

Der Zwist zwischen den Beduinen in den nicht anerkannten Dörfern dreht sich zuallererst um Land. Israel erkennt ihre Besitzrechte auf das Land nicht an. Die Beduinen weigern sich, ihr Land zu verlassen und damit ihren Anspruch auf das Land aufzugeben. Die von ihnen geforderte Fläche sei um eini-

ges kleiner als das Land, das sie vor der Staatsgründung das ihre nannten. Darüber hinaus verweisen sie auf eine schon getroffene Übereinkunft, nach der sie das ihnen jetzt zur Verfügung stehende Land behalten dürfen und im Gegenzug auf etwaiges, schon von Juden besiedeltes Land verzichten.

Auf das Argument der israelischen Administration, die Beduinen wären für ihre Lage selbst verantwortlich, da sie sich weigern, in legale Siedlungen umzuziehen, reagieren die gewählten lokalen Vertreter der Beduinen mit dem Hinweis auf die Lebenslage der Beduinen, die in die sieben Städtchen umzogen: Zwar stellen die Beduinen 27 Prozent der Gesamtbevölkerung der nördlichen Negev-Region dar, doch der Staat sieht für sie lediglich ein Prozent des Gebiets vor. Die sieben Städtchen in diesem Gebiet sind bis heute Geisterstädte geblieben, in denen sich keine einzige Fabrik angesiedelt hat. Viele sind arbeitslos, und die Beduinen befinden sich nach wie vor ganz unten auf der sozioökonomischen Leiter des Staats.

### Forderung nach Anerkennung

Die Beduinen, die nicht in diese sieben Städtchen gezogen sind, fordern die Anerkennung der bestehenden Dörfer. Diese existierten zu einem Großteil schon vor Gründung des Staates und erfüllten mit 600 bis 4.000 Einwohnern alle Parameter für die Anerkennung als Dörfer nach israelischem Recht. Sie weisen darauf hin, dass die Beduinen der Negev-Wüste schon vor der Staatsgründung in festen Dörfern lebten, zu denen sie immer zurückkehrten, nachdem sie ihre Herden zur Weide gebracht hatten. Sie wollen nicht akzeptieren, dass ihnen lediglich nur die Besiedlung in Kleinstädten angeboten wird, während es jüdischen Bewohnern der Negev-Wüste freisteht, in Dörfer, Städtchen, Städte oder einzelne Bauernhöfe zu siedeln. Während der Staat alles tut, Juden zum Umzug in die Negev-Wüste zu bewegen und deshalb Land und die üppige Infrastruktur, sprich all das, was die Beduinen nicht erhalten, wie Anschluss ans Wasser- und Stromnetz, Schulen oder Straßen, fast kostenfrei zur Verfügung stellt. Ariel Scharon persönlich wurde im Süden Israels eine riesige Fläche zur freien Verfügung gestellt, auf der er eine enorme private Farm aufbauen konnte, in der ironischerweise vor allem Araber und Gastarbeiter anheuern.



Die Geisterstädte

Während des Kriegs in Gaza kamen die nicht anerkannten Dörfer kurz in die israelischen Nachrichten, in denen sie ansonsten kaum Erwähnung finden: Qassam-Raketen aus Gaza sind auch in der Nähe der Beduinendörfer gefallen. »Nicht erwähnt wurde jedoch die Tatsache, dass sich keiner um die Sicherheit der Einwohner gekümmert hatte«, sagte Wasim Abbas, Leiter der Abteilung nicht anerkannte Dörfer der »Ärzte für Menschenrechte – Israel«. »Die Armee hat sich dort nicht einmal sehen lassen; es wurden dort – im Gegensatz zu den jüdischen Siedlungen – keine Alarmsirenen installiert, und die Menschen hatten keine Möglichkeit, sich in Sicherheit zu bringen, da die Häuserabrisspolitik der israelischen Administration auch dazu geführt hat, dass es keine Sicherheitsräume oder Bunker gibt wie in den nahe gelegenen jüdischen Siedlungen.«

Zuerst erschienen in Kommune 02/2009